Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 4

Artikel: Lohnabbau führt in die Armut

Autor: Eggenberger, Georges

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355406

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

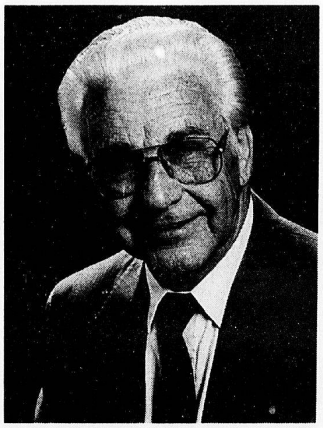
Lohnabbau führt in die Armut

Die Erfahrung zeigt: Defiziten beim Bund folgen Sparmassnahmen beim Bundespersonal. Im Gegensatz dazu führen Überschüsse in der Staatsrechnung nicht zu Vorteilen für das Personal. Die Solidarität der Arbeitnehmerschaft gilt der Erhaltung von Arbeitsplätzen, dem Kampf um den Teuerungsausgleich und dem gemeinsamen Widerstand gegen Lohnabbau.

Der Voranschlag des Bundes für das Jahr 1993 rechnet mit einem Fehlbetrag zwischen 2,5 und 4 Milliarden Franken, je nachdem ob die Auto-Egoisten ihr Referendum gegen die Treibstoffzollerhöhung zustande bringen oder gar durchsetzen. Bundesrat Otto Stich rechnet trotz der Sanierungsmassnahmen mit einem Defizit von 2 bis 3,5 Milliarden Franken für die folgenden Jahre. Beunruhigend tiefrote Zahlen also, die gleichzeitig brandschwarze Perspektiven bedeuten für das Bundespersonal und seine Gewerkschaften. Sparen, das zeigt die Erfahrung aus früheren Defizitperioden, ist angesagt, und da wird auch das Personal zur Kasse gebeten.

Der Föderativverband widersetzt sich mit aller Kraft jedem Abbau beim Teuerungsausgleich.

Alle, auch das Bundespersonal, müssten den Gürtel enger schnallen, wird von den bürgerlichen Sparaposteln verkündet. Aber, was meinte doch Willi Ritschard zu dieser simplen Parole: «Wer andern empfiehlt, den Gürtel enger zu schnallen, trägt meistens selber Hosenträger». Das heisst doch, dass viele jener, die jetzt am lautesten nach Sparen rufen, sich vorher schon ganz schön bedient haben oder weitere Raubzüge auf die Bundeskasse planen. Zum Beispiel mit dem kompensationslosen Verzicht auf die Stempelsteuer, mit der Exportrisikogarantie oder mit dem Versuch, die sozial ausgestaltete direkte Bundessteuer abzuschaffen.



Von Nationalrat Georges Eggenberger, Präsident des Förderativverbandes und Generalsekretär der PTT-Union

Von Sparmassnahmen des Bundes werden alle betroffen, die sozial schwächsten Schichten leider am stärksten. Wer die Ursachen der Defizite und die Wirkung von Sparmassnahmen kennt, kann nur einen Schluss ziehen: Die sozial Schwächern und das Personal sollen eine Suppe auslöffeln, die andere eingebrockt haben. Das öffentliche Personal ist zudem Sparmassnahmen doppelt unterworfen, erstens jenen, die alle treffen, beispielsweise bei der Krankenversicherung, und zweitens jenen beim Personal. Die Gewerkschaften des Bundespersonals haben ihre Politik nie nach der Kassenlage der Nation, der SBB und der PTT ausgerichtet. Das wäre falsch. Die Gewerkschaftspolitik richtet sich nach den Forderungen und den Bedürfnissen der Mitgliedschaft und nach den volkswirtschaftlichen Parametern wie der Lohnentwicklung und der Arbeitsbedingungen im allgemeinen, der Entwicklung des Bruttosozialproduktes und der Produktivität. Es ist nicht so, dass in Zeiten mit Haushaltüberschüssen das Füllhorn der Verbesserungen über das Bundespersonal ausgeschüttet wird. Deshalb dürfen der Bund und andere öffentliche Arbeitgeber grundsätzlich in Defizitperioden auch nicht eine andere, wesentlich zurückhaltendere Personalpolitik betreiben. Das ist in der Theorie zwar richtig. In der Praxis aber werden hohe Haushaltdefizite immer den Druck auf die Personalpolitik verschärfen.

So ist es auch heute. Beim Bund sollen 1993 – vollständig im Widerspruch zu den beschäftigungspolitischen Erfordernissen – rund 2030 Stellen abgebaut werden (1470 bei der PTT, 410 im EMD und in den Rüstungsbetrieben und 150 beim Zoll). Dieser Stellenabbau und der seit bald 20 Jahren geltende Personalstopp führen zu starken Leistungsverdichtungen beim Personal. Sie stellen aber auch Menge und Qualität der staatlichen Dienstleistungen in Frage, was wiederum die Bevölkerung zu spüren bekommt.

«Wer andern empfiehlt, den Gürtel enger zu schnallen, trägt meistens selber Hosenträger».

Beim Bundespersonal wird zudem 1993 auch bei den Löhnen gespart. Der Sonderzuschlag in den grossen Städten, eine Arbeitsmarktzulage, wird ab 1993 bereits zum zweiten Mal reduziert, diesmal um rund 1000 Franken im Jahr. Damit spart der Bund 60 Millionen. Rund 60 000 Bundesbedienstete erleiden eine Lohneinbusse, welche in den untersten Besoldungsklassen über 2 Prozent beträgt. Dieser Abbau ist zwar personalrechtlich möglich, personalpolitisch aber falsch.

Solches Brot für Brüder? Solidarität ist anders: z. B. den Ausbau der Arbeitslosenversichrung mitfinanzieren helfen.

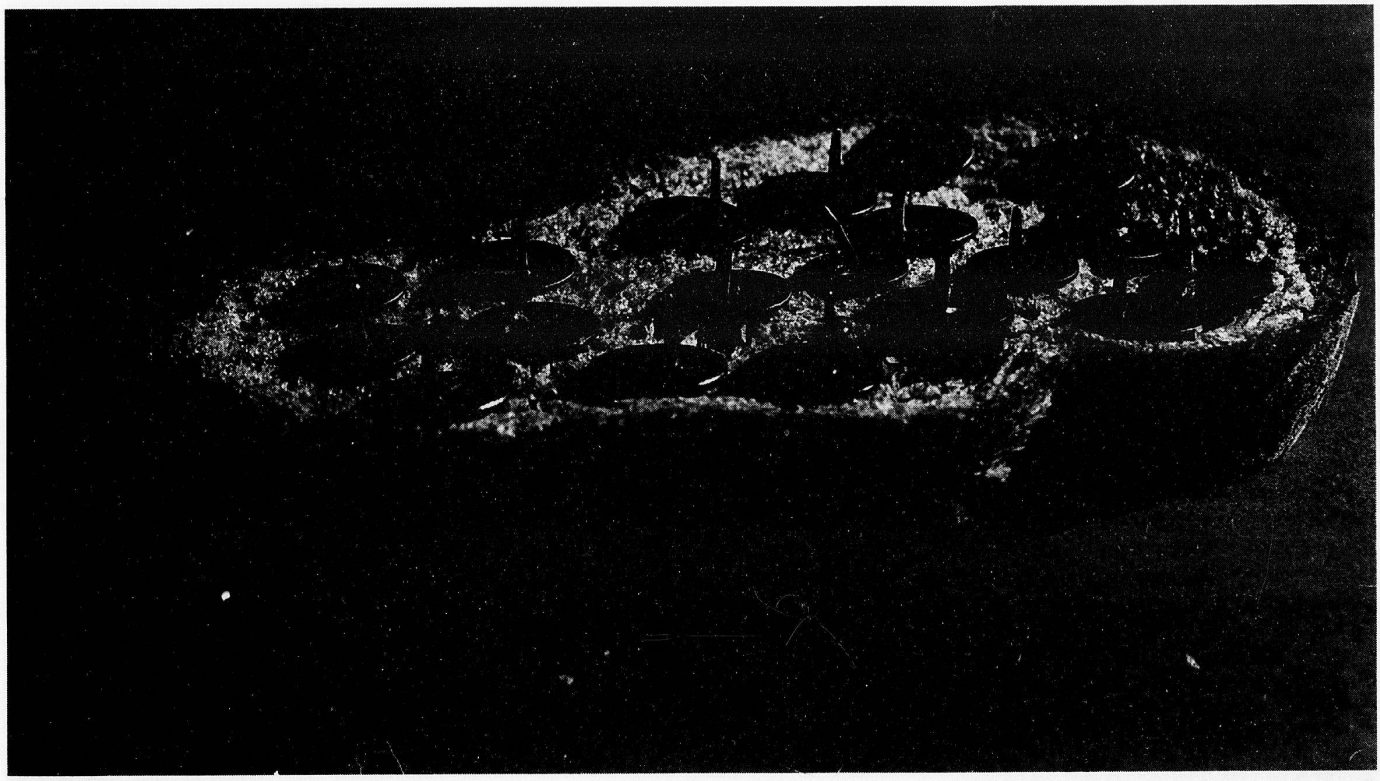


Foto: W. Erb

Der Föderativverband widersetzt sich mit aller Kraft jedem Abbau beim Teuerungsausgleich. Da allgemeine Reallohnerhöhungen beim Bund nur mit einer Gesetzesänderung verwirklicht werden können, ist der Teuerungsausgleich das einzige Instrument, um die Löhne jährlich generell anzupassen. Mit einem gewerkschaftlichen Grosseinsatz konnten wir im Sommer 1992 im Parlament einen dem fakultativen Referendum unterstehenden Bundesbeschluss durchbringen, der dem Bundespersonal für weitere 4 Jahre den Teuerungsausgleich sichert, den tiefsten Lohnklassen mit einem sozialen Sockelbetrag. Dieser Beschluss wird jetzt von bürgerlichen Parlamentariern in Frage gestellt. Diese seien gewarnt. Beim Teuerungsausgleich gibt es für die Gewerkschaften keinen Rabatt. Abstriche beim Teuerungsausgleich bedeuten Reallohnabbau. Sie schwächen die Kaufkraft, beeinträchtigen den Konsum und drücken damit die Konjunktur. Ein Prozent Lohnabbau heisst in der Schweiz 2 Milliarden Franken Einsparungen für die Arbeitgeber. Niemand kann sie zwingen, diese Mittel für arbeitsplatzsichernde Investitionen zu verwenden. Ein Prozent Lohnabbau heisst aber auch 2 Milliarden Franken Kaufkraftverlust. Kürzungen des Teuerungsausgleichs sind unsozial und konjunkturpolitisch falsch. Lohnverzicht erhält und schafft keine Arbeitsplätze, Lohnverzicht führt in die Armut. Solidarität unter der Arbeitnehmerschaft darf also nicht gemeinsamen Lohnverzicht bedeuten. Solidarisch sein heisst vielmehr gemeinsam und entschlossen kämpfen gegen die Lohnabbauer in der Privatwirtschaft und bei der öffentlichen Hand. Solidarität zeigen wir, indem wir mit höhern Beiträgen einen Ausbau der Arbeitslosenversicherung ermöglichen. Unsere Strategie muss sein, jetzt die Priorität auf Arbeitszeitverkürzung zu setzen und Reallohnbegehren zurückzustellen. Damit geben wir jenen beschäftigungspolitischen Impuls, der angesichts von über 100 000 gemeldeten Arbeitslosen so dringend notwendig ist.

Lohnverzicht erhält und schafft keine Arbeitsplätze, Lohnverzicht führt in die Armut.

Unsere Strategie muss sein, jetzt die Priorität auf Arbeitszeitverkürzung zu setzen und Reallohnbegehren zurückzustellen.